

Pressemitteilung, 08. Juni 2010

## **Bildung für alle – und zwar umsonst!**

**Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg unterstützt die Forderungen des Bildungsstreik-Bündnisses und solidarisiert sich mit den protestierenden Aktivistinnen und Aktivisten.**

Anlässlich des Aktionstages „Bundesweiter Bildungsstreik 2010“ erklärt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg:

Am Mittwoch werden in vielen Städten SchülerInnen, Auszubildende und Studierende gemeinsam auf die Straße gehen, um mit zahlreichen friedlichen Aktionen auf die strukturellen Missstände in unserem Bildungssystem hinzuweisen und längst überfällige Verbesserungen einzufordern.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg unterstützt die Forderungen der Protestierenden nach einem besseren und gerechteren Bildungssystem. Gerade im Hinblick auf die Landtagswahl 2011 ist es enorm wichtig, jetzt auf die Straße zu gehen, um die schwarz-gelbe Landesregierung auf ihre bildungspolitischen Gräueltaten aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, die baden-württembergische Bildungsmisere zu beenden. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt auf eine echte Bildungsrevolution für mehr Gerechtigkeit: Sie will gleichberechtigte Teilhabe an Bildung anstatt Ausgrenzung nach der vierten Klasse und außerdem eine kostenlose Hochschule für Alle anstatt die bevorzugte Förderung von so genannten „Elite Universitäten“.

„Bildung stellt wichtige Weichen für die Zukunft eines Menschen. Zugang zu guter Bildung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe,“ sagt Julia Janczyk, Landessprecherin der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg. „Wir brauchen bessere KiTas, eine neue Schule mit längerem gemeinsamen Lernen, zukunftsfähige und gebührenfreie Hochschulen und ein Recht auf Ausbildung,“ fügt Landessprecher Oliver Hildenbrand hinzu. Die beiden sind sich einig, dass Bildung ein öffentliches Gut ist und nicht als Ware gehandelt werden darf. „Alle Bildungseinrichtungen, von der Kita bis zur Hochschule, sollen kostenfrei sein – finanziert über Steuermittel. Das ist unsere Vorstellung einer solidarischen Bildungspolitik,“ erklären Janczyk und Hildenbrand abschließend.